# FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 4 / Dezember 2020 19. Jahrgang

### **Editorial** Die letzte Ausgabe

### Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

das letzte Mal schreibe ich nun das Editorial für den FreiRaum. Im nächsten Jahr wird es andere, neue elektronische und gedruckte

























# 19 Jahre: Informationen, Analysen und Berichte für eine Welt ohne Atomund Uranwaffen und für die friedliche Nutzung des Weltraums

### ALS GEMEINSCHAFTPROJEKT GESTARTET

Vor knapp zwanzig Jahren fragte mich Roland Blach von der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen an, mit der Pressehütte eine gemeinsame Publikation herauszugeben. Die GAAA hatte bis dahin das Heft "atomwaffenfrei" herausgegeben. In der Pressehütte erschien damals "Mutlangen aktuell" und "Weltraum aktuell" zu den Aktivitäten des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space. Aus dieser Anfrage entstand der "FreiRaum - für eine Welt ohne Atomwaffen und die friedliche Nutzung des Weltraums". Marion Küpker stieß zur Redaktion hinzu und brachte das Thema Uranwaffen mit ein. Der Untertitel wurde erweitert: "für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen".

Im Mai 2002 erschien die erste Nummer. Die Frage auf dem Titel lautete: "Wann ist die Zukunft nahe?" Regina Hagen beschäftige sich mit der Abrüstungsverpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag und den Gefahren für das Abrüstungsregime. Im Jahr darauf fuhr ich selbst das erste Mal zur UNO nach Genf. Dort stellte Hiroshimas Bürgermeister Akiba die

2020 Vision vor, die Forderung, dass ab 2005 Verhandlungen geführt werden, wie dies der Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages fordert, und eine Atomwaffenkonvention verabschiedet wird, so dass 2020 die Atomwaffen abgerüstet sind. Der Plan begeisterte und im Sommer 2003 marschierten und radelten wir von Mutlangen über das US-Kommando EUCOM in Stuttgart bis zum Atomwaffenstandort Büchel. Unterwegs verteilten wir Briefe von Bürgermeister Akiba an deutsche Bürgermeister mit der Einladung, Mayors for Peace beizutreten.

Wer den FreiRaum las bekam so Einblicke in das Verhandlungsgeschehen bei der UNO, die Lobbyaktivitäten der Nichtregierungsorganisationen und die gewaltfreien Aktionen am Atomwaffenstandort Büchel.

### **EIN FACHMAGAZIN**

Der FreiRaum sollte keine allgemeine Friedenszeitschrift sein, sondern sich auf Fachthemen konzentrieren. Er spiegelte dabei auch immer die politischen Aktionsfelder der Mitglieder der Redaktion wieder. Fortsetzung Seite 2 →

Informationen aus der Pressehütte geben. Ich steuere im nächsten Jahr das Ende meines Berufslebens als Mediator in Strafsachen an. Ich habe mir vorgenommen, damit verbunden wieder ein Sabbatjahr einzulegen und nicht nur die beruflichen, sondern auch alle meine nebenberuflichen und ehrenamtlichen Verpflichtungen aufzugeben. Es wird mein drittes Sabbatjahr.

Das erste nach Abschluss des INF-Vertrages führte mich beruflich zum Täter-Opfer-Ausgleich. Mein Friedensengagement orientierte sich danach von Mutlangen nach Büchel, zur UNO und in den Weltraum. Mein zweites Sabbatjahr 2010 führte mich mit dem Fahrrad auf Friedenstour Richtung Osten bis in die Türkei und dann weiter

Fortsetzung Seite 2 →



#### → Fortsetzung Editorial

zu den europäischen Atomwaffenstandorten in Italien, Belgien und den Niederlanden. Es war zugleich die Hochzeitsreise mit meiner Frau Brigitte.

So will ich mit diesem Sabbatjahr den Raum schaffen neu zu entscheiden, wo mein Engagement im Un-Ruhezustand liegen wird. → Fortsetzung von Seite 1 Zu der Berichterstattung aus Mutlangen und Büchel kamen mit der Teilnahme an den Überprüfungskonferenzen des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages auch die Ebene der Abrüstungsverträge und -verhandlungen hinzu. Wichtig wurden auch die Kooperation mit den Mayors for Peace.

2004 dokumentierten wir im FreiRaum die erste Jugenddelegationsreise zur UNO. Mit der Heidelberger Schülergruppe "Aktion Völkerrecht" flog Pressehütte wurden im FreiRaum dokumentiert.

#### DER FREIRAUM BEKOMMT EIN BABY: IM BLICK

Neue Abonnenten konnten nur wenige gefunden werden. Der Bestand der Empfänger und Abonnenten sank stetig aufgrund des steigenden Alters der Leserschaft. Eine weitere Zäsur war der Wechsel von Marion Küpker zur DFG-VK für die sie eine Zeitlang die Beilage "atomwaffenfrei" geschrieben hat. Als Kompensation für die weg-



Für mich heißt es Abschied nehmen und allen zu danken, die mich auf diesem Weg begleitet haben. Sie sollten in diesem FreiRaum von einer Verabschiedungsfeier im Rathaus Mutlangen lesen, mit der die neuen Vorstände und die Mayors for Peace aus der Region das Engagement von Lotte Rodi und mir würdigen wollten. Corona machte einen Strich durch die Rechnung. Ich kann Lotte, die all die Jahre von 1983 bis heute mit uns gegen die Atomwaffen und für den Frieden engagiertwar, nichtgenug danken, für die Menschlichkeit und Energie mit der sie in der Pressehütte und der Region Gräben überbrückte, Vertrauen wachsen ließ und Kontinuität schaffte. - Lotte, ich danke dir! Allen Leserinnen und Lesern, insbesondere denen in der Pressehütte, Euch wünsche ich Mut, Kraft und Zuversicht für das kommende Jahr und die anstehenden Aufgaben.

Mit herzlichen Grüßen

Millepp Hand

Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]

ich nach New York. Der FreiRaum wurde zu einem Magazin persönlicher Erlebnisberichte und politischer Analyse. Über zweitausend Empfänger erhielten das Magazin. Sie stammten aus den Adressdateien der Pressehütte Mutlangen und der GAAA. Die Zahl der Leserschaft blieb konstant. Aber die Beachtung für den FreiRaum wuchs. Ich führte Interviews mit dem Koordinator der Münchner Sicherheitskonferenz und dem General a.D. Klaus Naumann, die beide der Intiatitive Global Zero beitraten, um Präsident Barack Obama in seinen Abrüstungsbemühungen zu unterstützen. So fand sich dann ab September 2009 ein Link zum FreiRaum auf der Seite der Münchner Sicherheitskonferenz.

### EIN KOMMUNIKATIONSWERKZEUG

In die politischen Prozesse mischten wir uns nicht nur bei der UNO ein, sondern fuhren auch nach Berlin. Über mehrere Jahre veranstalteten wir abrüstungspolitische Frühstückstreffen mit den Bundestagsabgeordneten des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Unseren Lesern boten wir mehrmals die Möglichkeit zum Austausch mit den Politikern durch Telefonkonferenzen, zu denen wir im FreiRaum einluden. Der INF-Vertrag, zu dessen Zustandekommen die Mutlanger Blockierer beigetragen haben und die Gefahr der inzwischen eingetretenen Kündigung des Vertrages war mehrmals Thema des Magazins. Die Mutlanger Manifeste der Mayors for Peace mit Vertretern der

fallenden Empfänger entstand der "Im Blick" mit jeweils einem Schwerpunktthema. Er wird so in Deutschland und Österreich an 3.000 Menschen verschickt als Beilage zur "Versöhnung" bzw. des "Spinnrads". Und wir leisten uns den Vierseiter in Farbe zu drucken.

Der erste "Im Blick" erschien 2012 "Modernisierung", er beschrieb die Pläne die in Büchel gelagerten Atombomben durch neue zu ersetzen. Die Begrifflichkeit wurde mit der Zeit geändert.

Modernisierung klingt irgendwie positiv. Aber neue Atombomben haben nichts Positives. Wir führten so den Begriff "technische Aufrüstung" ein, wenn im FreiRaum und Im Blick über die neuen Bomben berichtetet wurde. Dieser Begriff soll dem Rechnung tragen, dass die neuen B61-12 Bomben neue technische Fähigkeiten erhalten, welche die Gefahr erhöhen, dass sie eingesetzt werden. Unter dem Stichwort "Neue Wege" berichten wir "Im Blick" über die Konferenzen über die humanitären Folgen von Atomwaffen, die den Weg zu den Verhandlungen und der Verabschiedung des Atomwaffenverbots ebneten.

Der "Im Blick" 1/2020 trug den Titel: "Ausblicke: Am Scheideweg- Atomwaffen aufrüsten oder alle Atomwaffen abschaffen". Er skizzierte das Spannungsfeld zwischen technischer Aufrüstung der Atomwaffen und dem sich manifestierenden völkerrechtlichen Willen, die Atomwaffen zu verbieten. In dieser Nummer können wir "Im Blick" nun das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) verkünden und analysieren.

#### DAS ERSCHEINEN DES FREIRAUMS WIRD EINGESTELLT

19 Jahre ist eine lange Zeit: Drei US-Präsidenten, verschiedene Bundesregierungen, aberimmer das Ziel einer friedlicheren Welt vor Augen. Mir hat die Arbeit an den Artikeln, die Zusammenarbeit mit den Autoren, den Grafikern bis hin zum Versand sehr viel Freude gemacht und manchmal auch Schweiß gekostet.

Ich danke allen, die zum Gelingen des Frei-Raums beigetragen haben und den Leserinnen und Lesern für ihre Treue. Im nächsten Jahr gibt es einen neuen US-Präsidenten. Das Engagement der Friedensbewegung muss bleiben, damit dem Atomwaffenverbotsvertrag die Verschrottung der Atomwaffen folgt.

Wolfgang Schlupp-Hauck



Foto: Jens Herrmann



### Ein Dankeschön allein ist zu wenig!



Foto: Pressehütte

Als ich 2007 mit meiner Tätigkeit als Projektkoordinatorinin der Pressehütte Mutlangen meine Arbeit begonnen habe, war ich in den ersten Wochen eingeladen, mich beim damaligen Redaktionsteam des Frei-

Raums vorzustellen. Marion Küpker, Roland Blach und Wolfgang Schlupp-Hauck planten die nächste Ausgabe der Fachzeitschrift der Friedensbewegung, die zu Atomwaffen, Uranwaffen und über militärische Bestrebungen im Weltraum berichtete.

Was mir bei diesem ersten Treffen inhaltlich begegnete, war Neuland für mich. Damals wie heute beeindruckte mich das Niveau des Wissens. Der FreiRaum steht für fundierte Recherche und die Geradlinigkeit, diese großen, weltpolitischen Themen klar einzugrenzen. Das alles wurden gepaart mit dem Fokus die Menschen zu ermächtigen, damit sie die Chance haben, die Ungerechtigkeit und die massive Gefahr, die von Atomwaffen ausgeht, auf aktionsbasierte Friedenspolitik runter zu brechen.

Es dauerte weitere sechs Jahre, bis sich Büchel als verbliebender Atomwaffenstandort in Deutschland, zum stetigen Aktionsort der deutschen Friedensbewegung etabliert hatte. Sechs Jahre berichtete der FreiRaum über die Prozesse, die dazu führten. Weitere 4 Jahre später wurde der internationalen Kampagne ICAN der Friedensnobelpreis verliehen. AutorInnen des FreiRaums lieferten viermal jährlich Hintergrundwissen zu dieser internationalen Kampagne, wie schon ein Jahrzehnt davor zur Teststoppkampagne und vielen anderen Themen.

Schlussendlich am 22. Januar 2021 wird das Wirklichkeit, worauf AutorInnen und RedakteurInnen immer ihren Fokus ausgerichtet hatten. Die Welt bekommt einen völkerrechtlich bindenden Atomwaffenverbotsvertag. Der FreiRaum und die Aktiven, die die letzten 19 Jahre daran mitgearbeitet haben, haben einen großen Anteil an diesem Erfolg. Daher gilt es heute Danke zu sagen.

Einige Namen möchte ich stellvertretend für alle RedakteurInnen, AutorInnen, LektorInnen, und andere nennen. Regina Hagen besticht durch fundiertes Fachwissen, Peter Schulz mit Blick auf die internationale Dynamik der Staaten, Roland Blach und Marion Küpker als langjährige Redaktionsmitglieder, Wolfgang Schlupp-Hauck, der Erfinder und Motor des Hefts. Danke - ihr seid super... Ohne Rüstung Leben und alle Ehrenamtlichen, die den Versand ermöglichten. Mitglieder des Versöhnungsbundes, die die Reichweite des FreiRaums vergrößerten. Peter, der die Karikaturen lieferte. Lotte und Ilse im Lektorat und natürlich Michael Heidinger und Rudi Sieber, die sich um das Layout kümmerten. Ohne Euch hätten wir vieles nicht erfahren was die Welt wissen muss.

Ein Dankeschön an all die wunderbaren, mutigen und interessierten Personen des FreiRaumteams ist zu wenig, für das was wir von Euch allen lernen konnten. Wir wünschen Euch einen weiteren kraftvollen Weg und nehmen einen Teil mit von Eurer Ausdauer und Eurem Esprit. Die Erinnerung bleibt. Das Ziel geht in die Umsetzung.

Silvia Bopp



### Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) feiern und stärken

Am 24.10.20 war es soweit: Honduras ratifizierte als fünfzigster Staat den 2017 beschlossenen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Damit tritt der AVV nach einer 90-Tage-Frist am 22.1.2021 in Kraft. Mitglieder und FreundInnen der Pressehütte Mutlangen trafen sich am Sonntag den 1.11.2020, um den realisierten Atomwaffenverbotsvertrag zu feiern. Die Region um Mutlangen weiß was es bedeutet, wenn ein Landstrich sich nachhaltig verändert vom Atomwaffenstandort hin zum zivil genutzten Land. Silvia Bopp, Vorsitzende der Friedenswerkstatt, hat langjährige AktivistInnen und VertreterInnen von der Kampagne ICAN zu einem virtuellen Fest eingeladen.

Das Mutlanger Manifest, welches 2017 von Mayors for Peace im Ostalbkreis sowie von VertreterInnen der Pressehütte unterzeichnet wurde, macht deutlich, dass die humanitären Folgen des Einsatzes von Atomwaffen so katastrophal sind, dass es keine Rechtfertigung für ihre Produktion, ihre Bereithaltung und ihren Einsatz gibt. Atomwaffen müssen wie andere Massenvernichtungswaffen geächtet und verboten werden.

Noch nie in der Geschichte wurden Atomwaffen von einem internationalen Dokument ausdrücklich stigmatisiert und delegitimiert. Selbst nach den katastrophalen Folgen für alles Leben in den Städten Hiroshima und Nagasaki nicht. Auch 2000 Atomwaffentests an über 60 Orten der Welt führten nicht zur Ächtung. 75 Jahre nach der Zündung der ersten Atomwaffe, hat die Menschheit nun den AVV, der ein Meilenstein für die internationale Gemeinschaft ist.

## Neuer Anlauf zur Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages

Wegen Corona konnten unsere Jugenddelegation im Mai diesen Jahres nicht nach New York. Jetzt gibt es ein neues Datum, wir bereiten uns darauf vor.

Am 28. Oktober 2020 hat der Präsident der NPT RevCon vorgeschlagen, die Überprüfungskonferenz nicht später als im August des Jahres 2021 durchzuführen. Aus den Mitgliedsstaaten kam kein Widerspruch.

### WIR SETZEN DEN DIALOG MIT BUNDESTAGSABGEORDNETEN FORT

Noch im Dezember werden wir unser nächstes Lobbygespräch mit dem Obmann des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im Bundestag, Herrn Karl-Heinz Brunner führen. Der Schwerpunkt des geplanten zweistündigen Gesprächs wird feministische Au-Benpolitik sein. Konkret bedeutet das, dass die Situation von Frauen, jungen Menschen, Gewaltopfern und People of Color sowie anderen strukturell benachteiligten Gruppen mitgedacht und die Frage gestellt und beantwortet werden muss, welche Konsequenzen eine politische Maßnahme für diese Gruppen mit sich bringt, wo sich Unterschiede in der Wirkung auftun und wie diesen begegnet werden kann. Wenn Deutschland eine solche Außenpolitik beschließt und verfolgen wird, muss es automatisch auf die Atomwaffen als Machtinstrument verzichten.



Als Reaktion auf unsere bisherigen Gespräche mit den Bundestagsabgeordneten Herrn Brunner, Frau Özoguz, Herrn Dr. Brecht und Herrn Dr. Felgentreu haben wir ihnen einen Brief geschrieben, in dem wir kontroverse Fragen aus dem Gespräch schriftlich noch mal behandelt haben. Darauf folgte eine Einladung von Herrn Brunner zu einem weiteren Gespräch.

### Auszüge aus dem Brief veröffentlichen wir hier:

"Gendergerecht zu handeln und zu denken geht damit einher, sich mit seinen eigenen Privilegien auseinanderzusetzen: Wer bekommt höher qualifizierte Jobs? Wie hoch ist der Frauenanteil in politischen Ämtern auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene? Und wo ist der Ursprung dieser Machtstrukturen und wie werden jene reproduziert?

Dass wir mehr weibliche Führungsverantwortung, auch in Sicherheitsfragen benötigen, hat auch die UN erkannt. Die Teilnahme von Frauen an Verhandlungsprozessen erhöht den Erfolg. So wird in Resolution 1325 festgehalten, dass Frauen vermehrt an Friedensprozessen einbezogen werden sollen. Die Umsetzung von Resolution 1325 sei ein Querschnittsthema, dass bei Entscheidungen der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung berücksichtigt wird, so steht es auf der Webseite des SPD-geführten Auswärtigen Amtes. Wir unterstützen dieses Anliegen sehr!

Im Speziellen erhöht die Partizipation von Frauen in Friedensverhandlungen die Langfristigkeit und Qualität des Friedens. Das lässt sich mit dieser Studie "Women's Participation in Peace Negotiations and the Durability of Peace" von Jana Krause und anderen belegen, welche Sie hier nachlesen können: https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.108%3050629.2018.1492386.

Die Studie aus dem Jahr 2018 untersuchte 82 Friedensabkommen in 42 bewaffneten Konflikten zwischen 1989 und 2011. Hierbei wurde herausgefunden, dass Friedensverhandlungen mit weiblichen Unterzeichnerinnen mit dauerhaftem Frieden verbunden sind.

Einen guten Überblick über Gendergerechtigkeit im Atomwaffendiskurs bietet darüber hinaus die Broschüre von ICAN. Ray Acheson (WILPF) beispielsweise beschreibt, wie das Konzept der nuklearen Abrüstung globale Ungleichheit begünstigt und soziale Diskriminierung rechtfertigt. Um den Aspekt der Gendergerechtigkeit in Friedensprozessen und bei Sicherheitsfragen werden wir in Zukunft nicht herum kommen. Davon sind wir fest überzeugt und dafür setzen wir uns auch ein. "Arailym Kubayeva



Die Verteidigungsministerin spricht mit Soldaten. Eine Frau an der Spitze der CDU und des Verteidigungsministeriums, das macht noch keine feministische Politik. Kramp-Karrenbauer kündigte im April 2020 an die überalterte Tornado-Flotte durch Eurofighter und F-18 atomwaffenfähige Kampfflugzeuge zu ersetzen. Die nukleare Teilhabe in Büchel könnte so für Jahrzehnte fortgesetzt werden (Foto: Dirk Vorderstraße)



Foto: Christa Schmaus

### Zum Buß- und Bettag,

### NACHDENKLICHE, WIDERSTÄNDIGE TÖNE UND TEXTE IN DER GMÜNDER AUGUSTINUS-KIRCHE

Corona verändert Traditionen. Nicht im Kloster der Franziskanerinnen sondern in der Augustinus-Kirche fand in diesem Jahr der ökumenische Gottesdienst zum Buß- und Bettag in Schwäbisch Gmünd statt. Die Tradition, dass er die Friedensdekade beendet und gemeinsam mit der Friedenswerkstatt Mutlangen gestaltet wird, wurde fortgesetzt. Die evangelische Pfarrerin Maike Ulrich und unser Vorstandsmitglied der katholische Pfarrer Michael Holl gestalteten die Liturgie. Musikalisch umrahmt wurde er von Mitgliedern der Lebenslaute. Annabella Akcal mit den Lyrikaden der Friedenswerkstatt und Konfirmanden trugen Texte vor.

In ihrer Predigt bezog sich Pfarrerin Ulrich auf den Theologen und Pädagogen Johann Amos Comenius. Eine gute Schulbildung in allen Schichten ist "der Schlüssel für Toleranz und Frieden in der Welt". Eine Erkenntnis, die gerade heute im Zeitalter von "Fake News und Verschwörungstheorien wichtig ist."

"Wohl denen, die da wagen ein Nein zur rechten Zeit, nicht Ja und Amen sagen zur Bombensicherheit", mit diesem Lied drückten die sechs Musiker der Lebenslaute aus, was den gewaltfreien Widerstand der Friedensbewegung auch noch heute ausmacht. Sie berichteten von den "Unrechtsorten" an denen sie musizieren: vor Waffenschmieden, Abschiebe-Gefängnissen, am Atomwaffenlager Büchel und dort wo Umweltverbrechen passieren.

Nach dem Gottesdienst konnte das Buch der Lebenslaute, "Widerständige Musik an unmöglichen Orten" erworben werden. Es zeigt an vielen Beispielen 33 Jahre der Lebenslaute auf. Das erste Konzert übrigens fand zum Auftakt des Blockadeherbstes 1986 auf der Mutlanger Heide statt.

**Christa Schmaus** 

Das Buch hat 247 Seiten und kann zum Preis von 25 € bezogen werden über: www.lebenslaute.net

### ICAN und das Atomwaffenverbot

### VORTRAG IN DER VHS BADEN-BADEN

Auf Initiative von Almuth Boye (IPPNW) lud die Volkhochschule Baden-Baden Ende Oktober zu einem Vortrag ein. Arailym Kubayeva als ICAN-Botschafterin und Vorstandsmitglied der Friedenswerkstatt Patrick Wödl erläuterten den Zuhörern, was es bedeutet, dass der Atomwaffen-Verbots-Vertrag im Januar in Kraft tritt.

Arailym Kubayeva betonte: "Mit dem Vertrag wird völkerrechtlich verbindlich, dass Atomwaffen weder hergestellt, noch stationiert, noch mit ihrem Einsatz gedroht werden darf. Das wird den internationalen Diskurs verändern." Patrick Wodel ergänzte: "Auch wenn die Atomstaaten ihn boykottieren, wird er Wirkung haben - zeigt er doch, dass die übergroße Zahl von Staaten dieser Erde ohne die existentielle Bedrohung durch Atomwaffen leben will."

Die Anwesenden verständigten sich erneut an die Stadt Baden-Baden bzw. OB Mergen zu appellieren, den ICAN-Städteappell zu unterzeichnen, um die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung zu fordern,



wie das mittlerweile bereits 105 andere Städte, fünf Landkreise und vier Bundesländer getan haben. "Es würde Baden-Baden sehr gut anstehen, sich hier einzureihen." sagte die Zuhörerin Christina Lipps.

https://www.icanw.de/ican-staedteappell/

### Hiroshima und Nagasaki mahnen – Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot jetzt!

Vor 75 Jahren, am 8. und 9. August 1945, wurden die Atombomben auf Hir shima und Nagasaki abgeworfen. 65.000 Menschen verdampften und verbannten auf der Stelle, bis zum Ende des Jahrens satrehem hari als 200.00 Diese Opfer mahnen uns, die katastrophalen humanitären Folgen w. Atomwaffenz urskennen und für eine Weltohne Atomwaffenz urzustehen! Heute bedrohen uns weltweit noch immer mehr als 13.000 Nuklearwaffen Die Atommächte planen, Milliardensummen in die Aufrüstung hirrer Arsena zu investieren – alleine 2019 gaben sie 73 Milliarden US-Dollar für Atomwaff uss. Auch in Deutschland sollen neue Tägerfügzuge für der Atombomb in Büchel angeschäft werden. Damit würde die nukläear feilhabe Deutschlands für den kommenden Jahrschmiet lestigsschrieben.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf: • keine neuen Kampfflugzeuge für einen Atomwaffeneinsatz zu beschaffer • die in Büchel gelagerten Atomwaffen unverzüglich abzuziehen • alle Atomwaffen aufgrund der katastrophalen humanitären Folgen ihres

alle Atomwarien aufgrund der katastrophalen numanitären rolgen ihres Einsatzes zu ächten den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zu unterzeichner und zu ratifizieren

Dies ist eine gemeinsame Aktion der Friedenswerkstatt Mutlangen und de SmünderTerre-des-Hommes-Gruppe.

### Aktive Unterstützer – Wir danken

Norbert Müller von der Gmünder terre des hommes-Gruppe initiierte zum Nagaski-Tag obenstehende Anzeige, die von zahlreichen Personen aus Schwäbisch Gmünd und Umgebung unterstützt wurde. Den Appell an die Bundesregierung, dem Atomwaffen-Verbotsvertrag beizutreten, kann man auch jetzt noch unterstützen über Telefon 07171/71162. Norbert Müller wird den Appell kurz vor dem 22. 1.21 an die Bundesregierung und Angeordnete senden. An diesem Tag tritt der Atomwaffen-Verbotsvertrag in Kraft.

Unsere Vorsitzende Silvia Bopp erhielt aus München einen Brief. Wolfram Rohde-Liebenau schrieb ihr: "Vor 35 Jahren waren wir von München kommend erstmals in Mutlangen dabei. Ich sehe noch vor mir unser Gespräch mit einer US-Soldatin hinter dem Stacheldrahtzaun, die ihren Wunsch nach einem Studienstipendium als Grund für ihren Militärdienst und diese für sie selbst frustrierende Aufgabe nannte. Aus der Heimat meiner Mutter Lettland kenne ich zwei dortige Stationierungsorte für SS-20-Raketen.

Ich meine, dass in Deutschland ein klarer Protest gegen die Stationierung von Atombomben notwendig wäre." Er verband seinen Brief mit einer vierstelligen Spende.

Dieter Junker, in Büchel aktiver Journalist schrieb an die FreiRaum-Redaktion: "Wie ich gelesen habe, erscheint ja in wenigen Tagen der FreiRaum zum letzten Mal. Schade, ich habe das Heft immer gern gelesen. Aber ich weiß auch, wie viel Arbeit dahinter steckt. Ich habe ja alle Hefte erhalten und werde sie sicher auch, als Archiv für die Aktivitäten in Büchel oder beim Widerstand gegen Atomwaffen, gut aufbewahren. Allerdings habe ich gesehen, dass ich ein Heft nicht mehr habe. Jetzt wollte ich fragen, ob ihr vielleicht noch frühere Hefte vorrätig habt. Es handelt sich um die Ausgabe 2/2004." Wer kann helfen die Lücke im Archiv zu schließen?



### Der unsichtbare Krieg mit Uranwaffen

Projektile die Panzer durchdringen werden heute mit Uran-238 gehärtet, einem Abfall-produkt aus der Urananreicherung. Depleted Uranium, kurz DU, ist extrem durchschlagskräftig und hat fatale Folgen. Uranmunition wird für Krebserkrankungen, Missbildungen und Folgeschäden wie das Golfkriegssyndrom verantwortlich gemacht.

Marion Küpker hat das Thema Waffen mit Depleted Uranium (abgereichertes Uran) in den FreiRaum eingebracht. Am Anfang stand die Tragödie im Irak (FreiRaum 2/2002). Unsere Autorin war Teilnehmerin einer Fact Finding Mission im Irak. Sie berichtete über die gesundheitlichen Folgen des Einsatzes von panzerbrechender DU-Munition, denn offizielle Untersuchungen wurden auf Druck der USA von der UNO abgelehnt. Im Jahr 2003 initiierte sie in Hamburg die internationale Uranwaffenkonferenz (www.uranwaffenkonferenz.de), an der Menschen aus über 30 Ländern teilnahmen, darunter die leitenden Ärzt\*Innen des Kinder- und Erwachsenen-Krankenhauses in Basra/Südirak. Vier Tage wurden Vorträge von Wissenschaftler\*Innen, betroffenen Veteranen und Zivilist\*Innen der Produktion, sowie von Aktivist\*Innen der internationalen Anti-Uranwaffen Organisationen gehalten. In Arbeitsgruppen wurde diskutiert, ob diese Waffen schon völkerrechtlich verboten sind - weil sie unterschiedslos und lange nach Kriegsende Zivilisten töten, bzw. auch schwere gesundheitliche Schäden verursachen - oder ob sie wie Atomwaffen noch offiziell geächtet werden müssen. Eine weitere Arbeitsgruppe organisierte eine epidemiologische Studie für die Bevölkerung der Basra-Region, die aufgrund der anschliessenden kriegsbedingten Fluchtbewegungen abgebrochen werden musste. Noch heute ist der umfassende Konferenzreader zum Downloaden in Englisch erhältlich.

In den letzten Jahren ist es ruhiger um das Thema Uranwaffen geworden, das nach wie vor weitgehend totgeschwiegen wird. Aber sie existieren noch immer in den Arsenalen, werden weiter getestet und auch in Kriegen eingesetzt. Der Einsatz zu ihrer Abschaffung ist weiterhin wichtig!

Marion Küpker hat für den Uranatlas den aktuellen Stand des Wissens um Uranwaffen als Hintergrundpapier zusammengetragen. Wir veröffentlichen hier Auszüge. Den gesamten Text finden sie auf unserer Homepage (www.pressehuette.de)

#### **ABGEREICHERTES URAN**

Als DU wird allein das radioaktive Isotop U238 bezeichnet, das bei der zivilen Urananreicherung von U235 als Abfallprodukt anfällt. Das in der Natur vorkommende Uranerz enthält zu über 99 % Uran238 und nur zu 0,7 Prozent Uran235. Bei der Urananreicherung werden diese beiden Isotope voneinander getrennt, da das U235 für die Herstellung von AKW-Brennelementen auf circa 3% angereichert werden muss. Abgereichertes Uran besagt nur, dass ihm das U235 entzogen wurde, es wurde aber nicht – wie es klingen mag - seine Radioaktivität entzogen. DU besitzt eine radioaktive Halbwertzeit von 4,5 Mrd. Jahren. Das heißt, einmal freigesetzt strahlen seine radioaktiven Partikel - Alphastrahler - fast auf ewig. DU wird aufgrund seiner großen Dichte vom Militär sehr geschätzt. Die Geschosse durchdringen Panzer fast wie Butter.

#### KRIEGSEINSÄTZE

Erstmals wurden Uranwaffen im Golfkrieg 1991 im **Südirak** durch die USA und GB in großem Ausmaß eingesetzt (320 T. DU). Über 250.000 US-Soldaten sind erkrankt und etwa 10.000 verstorben. Daher die Bezeichnung "Golfkriegssyndrom". Nun folgten: 1995 **Bosnien-Herzegowina** (3 T. DU);

1999 mit 96 Zielen in Serbien, Kosovo und Montenegro (9,45 T. DU); 2003 Irak (145 T. DU), 2001 Afghanistan (2002, 2003 und 2006). Das US-Militär setzte an mindestens acht Orten in Afghanistan nachweislich den A10-Thunderbird ein und fährt hier die Politik, DU-Einsätze weder zu bestätigen noch zu dementieren. Im Jahr 2006 wurde durch den libanesischen Nuklearexperten Qobeissi an einem Bombenkrater in Khiam im **Libanon** zufällig hohe Radioaktivität gemessen. Die Organisation "United Nation Environmental Program" (UNEP) ließ die Proben im Schweizer Labor SPIEZ nur auf das DU-Isotop (U238) untersuchen und kam zu einem negativen Ergebnis. Ein zeitgleich unabhängiger Auftrag an das britische Harwell-Labor zeigte eine leichte Isotopenabweichung und testete 100 % positiv auf Waffenuran. Der Urin von 464 britischen Soldaten der OpTelic-Studie, die von 2001 bis 2006 auf dem Balkan und/ oder im Irak dienten, zeigte die gleiche Isotopen-Abweichung. Tausende bunkerbrechende Bomben und Raketen stehen unter schwerem Verdacht, getarnt mit einer veränderten Uranisotopen-Zusammensetzung, bei der Bombardierung von Brücken und Gebäuden in den heutigen Kriegen todbringendes Uran zu verteilen. 2015 Syrien (870 kg DU); Somalia, 2001 berichtet das Spiegel-Magazin über Beweise, die Otfried Nassauer vom "Berliner Informations Zentrum für transatlantische Sicherheit" (BITS) bezüglich eines DU-Einsatzes vorlegte. In Gewebeproben von Organen von Rindern aus dem kurdischen Erbilim Nordirak wurde DU und Plutonium nachgewiesen (Gerdes/ Massenspektrometrie 2006). Der Wind hat DU-Aerosole des Zweiten Golfkrieges in den Nordirak geweht. Es ist sehr wahrscheinlich, dass aktuell auch Saudi-Arabien importierte Uranwaffen aus den USA im Jemen einsetzt!

# Im Blick // Atomwaffenverbot in Kraft!

Beilage FreiRaum Nr. 4 / Dezember 2020

www.pressehuette.de

Jetzt gilt es das Atomwaffenverbot umzusetzen. Dazu ist weiterer Druck auf die Atomwaffenstaaten und die deutsche Regierung nötig. Das Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags am 22.1.2021 ist dafür ein wichtiger Schritt.



### 50 Jahre Nichtverbreitungsvertrag – Artikel VI – Haltet euer Versprechen – Verbietet alle Atomwaffen!

Mit unseren Aktionsreisen zur UNO waren und sind wir mitten drin im abrüstungsdiplomatischen Geschehen in New York, Wien oder wie hier auf dem Foto in Genf (2018). Wir erinnern daran, dass nach 50 Jahren, die Abrüstungsverpflichtung aus Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages immer noch nicht erfüllt ist. Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) erhöht nun den Druck diese Verpflichtung zu erfüllen. Mit dem Mutlanger Manifest haben wir uns verpflichtet, solange aktiv zu bleiben, bis das Ziel einer friedlicheren Welt ohne Atomwaffen erreicht ist. (Foto: Ralf Schlesener)

Die Gründung der UNO 1945 war von der Vision einer friedlicheren atomwaffenfreien Welt geleitet. 1970 trat der Nichtverbreitungsvertrag in Kraft. Die in ihm verankerte Abrüstungsverpflichtung wird von den Atomwaffenwaffenstaaten weitgehend ignoriert. 1995 als er unbefristet verlängert wurde, forderten Nichtregierungsorganisationen eine Atomwaffenkonvention. Ein Jahr später legten sie einen Modellvertrag vor und der Internationale Gerichtshof bestätigte die Abrüstungsverpflichtung. 2003 traten die Mayors for Peace mit der 2020 Vision auf den Plan. Ziel war der Verhandlungsbeginn für die Atomwaffenkonvention. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen ICAN überarbeitete 2007 den Modellentwurf. Um die Blockadehaltung der Atomwaffenstaaten bei den Konsensentscheidungen der Vertragskonferenzen zu überwinden, änderte ICAN die Strategie und stieß Konferenzen über die humanitären Konsequenzen der Atomwaffen an. Daraus entstand die offene Arbeitsgruppe, welche den Atomwaffenverbotsvertrag vorbereitete. 2017 beschloss die UN-Generalversammlung, die nach Mehrheitsprinzip entscheidet, Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag. Er wurde mit großer Mehrheit angenommen. Mit der Ratifizierung des 50. Staates tritt er nun in Kraft.

### Der Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrags würde der Stationierung der Atombomben in Büchel ein Ende bereiten. Auf das nötige Engagement weist das "Mutlanger Manifest" hin:

"Das Zustandekommen des Atomwaffenverbotsvertrags ist das Ergebnis eines konsequenten und kontinuierlichen Engagements der Zivilgesellschaft im Rahmen der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN). Als deren Partner und als gewählte Vertreter unserer Bürgerinnen und Bürger verpflichten wir uns, wo immer möglich im Rahmen der internationalen Aktivitäten von Mayors for Peace und der deutschen Kampagne "Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt" für nukleare Abrüstung einzusetzen.

- Solange US-Atomwaffen in Büchel lagern, werden wir in Appellen und mit Aktionen deren Abzug und den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag fordern, mindestens einmal pro Jahr.
- Solange Atomwaffen einsatzbereit gehalten und technisch aufgerüstet werden, protestieren wir gegen diese Investitionen und werden soweit möglich vermeiden, dass wir daran beteiligt sind.
- Solange Atomwaffen das Leben auf der Erde bedrohen, werden wir uns durch die Teilnahme an Delegationen und durch internationale Begegnungen für ein Umdenken in der Sicherheitspolitik einsetzen sowie auf die konsequente Umsetzung der völkerrechtlichen Abrüstungsverträge dringen."

**Wolfgang Schlupp-Hauck** 



Den vollständigen Text des Mutlanger Manifestes finden Sie auf: www.mutlangen.de/,Lde/Home/freizeit+\_+kultur/mutlanger+manifest+2017.html



In Büchel in der Eifel lagern noch immer Atomwaffen. Es ist höchste Zeit, dass diese Massenvernichtungswaffen abgezogen werden und das nun weltweite Verbot zur Abrüstung aller Atomwaffen führt.

Foto: Herbert Sauerwein

### Wie das Atomwaffenverbot (nicht nur) die Debatte ändert

Am 25. Oktober 2020 berichtete die Tagesschau knapp über die fünfzigste Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages. Da die Atomwaffenstaaten sich nicht beteiligten, habe das Abkommen "einen weitgehend nur symbolischen Charakter". Seine Wirkung sei fraglich. Damit verfällt die Nachrichtenmeldung einem Narrativ, das die Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten schon seit Jahren in die Welt setzen. Was ist dran an diesen Behauptungen?

Es hat Tradition, dass internationale Abrüstungsabkommen zunächst auf Widerstand stoßen: Als der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) im Jahr 1968 zur Unterzeichnung freigegeben wurde, lehnten etwa China und Frankreich ihn rundweg ab (beide traten erst 1992 bei). Und auch in Deutschland brandeten Diskussionen auf. Ex-Kanzler Konrad Adenauer erklärte im SPIEGEL-Interview, der Vertrag bewirke eine "De-Industrialisierung Westdeutschlands". Das helfe am Ende nur "den Kommunisten". Im Bundestag wurde erhitzt debattiert, ob es akzeptabel sei, dass die Atommächte ihre Atombomben behalten durften, während alle anderen für immer darauf verzichten sollten.

Fünfzig Jahre nach seinem Inkrafttreten will offiziell kaum einer der großen Mitgliedsstaaten mehr etwas Schlechtes am NVV finden. Artikel VI jedoch ist weiterhin unerfüllt: "Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen … über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle."

und wirksamer internationaler Kontrolle."
Das gern geäußerte Argument, der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) schwäche den NVV, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar. Schließlich haben sich am 7. Juli 2017 insgesamt 122 Staaten nach langen Verhandlungen auf einen Text geeinigt, der den Vertragsstaaten nicht nur Entwicklung, Erwerb, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen untersagt, sondern auch ein Vorgehen für Verhandlungen mit Atomwaffenstaaten und die Kontrolle der atomaren Abrüstung skizziert (siehe Kasten).

Kurzum: Mit dem AVV liegt erstmals ein multilateraler, völkerrechtlicher Vertrag vor, der die Verpflichtung aus Artikel VI des NVV zum Ziel hat.

### ATOMWAFFENSTAATEN GEBEN NICHT MEHR DEN TON AN

Mit dem Inkrafttreten des AVV am 22. Januar 2021 wird Atomwaffen auf völkerrechtlicher Ebene die Legitimität entzogen. Es wäre naiv, damit zu rechnen, dass sich daraus über Nacht Veränderungen ergeben. Die Erfahrung – etwa bei Landminen und Streumunition – zeigtjedoch: Eine klare Ächtung ist nötig, damit Staaten überhaupt beginnen, ihr Verhalten zu ändern!

Und eines wird schon jetzt sichtbar: Die internationale Debatte verschiebt sich. Bislang gaben NATO- und Atomwaffenstaaten den Ton an und stellten die nukleare Abschreckung als unverrückbare Tatsache dar. Anders als chemische und biologische Waffen, über deren Ächtung kaum ein Zweifel besteht, gelten Atomwaffen für viele Menschen daher noch immer als Status- und Machtsymbol. Mit dem AVV wird diese Sicht in Frage gestellt: Die 150 atomwaffenfreien Staaten, darunter zahlreiche Länder des Globalen Südens, sprechen sich auf der Basis des humanitären Völkerrechts mit einer geeinten Stimme gegen die Massenvernichtungswaffen aus. Sie fordern ihr Recht ein, nicht länger den Risiken von Atomwaffen ausgesetzt zu sein.

So wurde etwa bei einer Untersuchung im Jahr 2014 gezeigt, welche verheerenden Folgen ein atomarer Angriff auf eine Atomwaffenbasis in Norditalien auch für Österreich hätte. Zusammen mit Irland und Malta gehört Österreich nicht nur zu den drei EU-Staaten, die den Vertrag bereits ratifiziert haben. Die österreichischen Regierungen der letzten Jahre waren auch stets besondere Fürsprecher des Vertrages bzw. haben ihn mitinitiiert.

### EHEMALIGE NATO-GENERALSEKRETÄRE FORDERN ATOMWAFFENVERBOT

Der AVV stellt einen Sieg der multilateralen Diplomatie über die Dominanz der Weltmächte dar. Den USA ist das offenbar sehr bewusst – anders lässt sich nicht erklären, dass sie einerseits weiter die Wirkungslosigkeit des Atomwaffenverbotes betonen, andererseits aber hinter den Kulissen mit großem diplomatischem Druck ein Inkrafttreten verhindern wollten. In den folgenden Jahren werden wir beobachten, wie mit jedem weiteren Staat, der dem AVV beitritt, die Legitimation von Atomwaffen unaufhaltsam weiter bröckelt.

Erste Anzeichen sind schon jetzt sichtbar. So wandten sich am 21. September 2020 insgesamt 56 ehemalige Staats- und Regierungschefs, Außenministerinnen und -minister sowie Verteidigungsministerinnen und -minister in einem offenen Brief an die Regierungen ihrer Länder. Mit klaren Worten forderten sie eine Kehrtwende in der Atomwaffenpolitik: "Ein offensichtlicher Ausgangspunkt wäre die uneingeschränkte Erklärung, dass Atomwaffen angesichts der katastrophalen Folgen ihres Einsatzes für Mensch und Umwelt keinen legitimen militärischen oder strategischen Zweck erfüllen", heißt es dort. Und: "Der Vertrag über das

Verbot von Atomwaffen bildet die Grundlage für eine sicherere Welt". Besonders daran: Die ehemaligen Spitzenpolitiker stammen aus 20 NATO-Staaten sowie aus Japan und Südkorea - alles Länder, deren Sicherheitspolitik derzeit auf der nuklearen Abschreckung beruht. Mit Javier Solana und Willy Claes haben sogar zwei ehemalige NATO-Generalsekretäre den offenen Brief unterzeichnet. Offensichtlich sehen sie keinen Widerspruch zwischen einer NATO-Mitgliedschaft und dem Atomwaffenverbot. Und, vor einigen Jahren noch undenkbar: Sie betonen die katastrophalen humanitären Folgen eines möglichen Atomwaffeneinsatzes und lehnen daher auch die nukleare Abschreckung als Teil der "Verteidigungsstrategie" der NATO ab.

### Banken ziehen sich aus der Finanzierung zurück

Auch auf anderer Ebene hat der AVV weitreichende Folgen: So untersagt er durch das Verbot der unterstützenden Tätigkeiten mittelbar auch die Finanzierung von Atomwaffen. Investitionen in Hersteller von Atomwaffen und Trägersystemen sind damit für die Finanzwirtschaft aller Vertragsstaaten zukünftig tabu. Und nicht nur dort: International agierende Banken und Fonds, die sich bei Entscheidungen über Investitionen in "kontroverse Waffen" oft am Völkerrecht orientieren, richten derzeit vielerorts ihre Strategie neu aus. Auch in Deutschland ist zu beobachten, dass Finanzinstitute ihre Investitionen in Atomwaffenhersteller prüfen. Genau wie im Fall von Landminen und Streumunition wird das langfristig Auswirkungen auf die Geschäftspolitik dieser Firmen haben.

### ZIVILGESELLSCHAFT SPIELT WEITER EINE ZENTRALE ROLLE

Am 22. Januar 2021 wird der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in allen Vertragsstaaten zu geltendem Recht und muss durch nationale Maßnahmen umgesetzt werden. Zur ersten Staatenkonferenz zur Umsetzung des AVV hat die österreichische Regierung bereits nach Wien eingeladen. Die Zivilgesellschaft wird diesen Prozess weiter begleiten. Schließlich wurde das Zustandekommen



Die Jugenddelegation demonstriert in Büchel

Foto: Pressehütte

des Atomwaffenverbotes maßgeblich auch durch das weltweite ICAN-Netzwerk ermöglicht.

In den kommenden Jahren werden Friedensorganisationen in den Atomwaffenund Teilhabestaaten verstärkt die aktuelle Sicherheitspolitik thematisieren und auf einen Beitritt zum AVV drängen. Laut einer repräsentativen Umfrage vom Juli 2020 möchten ganze 92 Prozent der Deutschen, dass ihr Land dem Atomwaffenverbotsvertrag beitritt. In anderen NATO-Staaten wie Italien, Belgien, Spanien und Norwegen finden entweder bereits gesellschaftliche und politische Debatten darüber statt, in welcher Form der Beitritt möglich ist, oder aussichtsreiche Oppositionsparteien haben sich klar zu einem Beitritt bekannt.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in Deutschland für das Atomwaffenverbot eintreten, sind über die Kampagne "Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt" oder den Kreis der deutschen ICAN-Partner vernetzt. Sie arbeiten gemeinsam an einer umfassenden Informationsarbeit, öffentlichkeitswirksamen Kampagnen, politischer Arbeit und Protestaktionen – etwa in Berlin oder Büchel. Es ist auch ihr Verdienst, dass

sich bereits weit über 500 Abgeordnete aus Bundestag, Landtagen und EU-Parlament, die Stadträte oder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von mehr als 100 deutschen Städten (darunter allen Landeshauptstädten) und die Landesparlamente in vier Bundesländern öffentlich für das Atomwaffenverbot ausgesprochen haben.

Mit Blick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf 2021 ist das Ziel, dass sich möglichst viele Parteien in ihren Wahlprogrammen für das Atomwaffenverbot und den Abzug aller US-Atombomben aus Deutschland aussprechen. Mit Wahlprüfsteinen, Argumentationshilfen, Aktionspostkarten und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen werden wir den Druck auf die deutsche Politik weiter hochhalten.

Simon Bödecker

Der Autor ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei Ohne Rüstung Leben, einem der deutschen ICAN-Partner. Unter anderem ist er verantwortlich für die Redaktion der kostenlosen Zeitung "Ohne Rüstung Leben-Informationen", die Webseite www.ohneruestung-leben.de und die Arbeit zum Thema "Atomare Abrüstung".

### DAS BEINHALTET DER ATOMWAFFENVERBOTSVERTRAG

In der Präambel des Atomwaffenverbotsvertrages zeigen sich die Vertragsstaaten "tief besorgt über die katastrophalen humanitären Folgen eines jeden Einsatzes von Kernwaffen" und kommen zu dem Schluss, dass eine vollständige Beseitigung dieser Waffen "der einzige Weg ist, der garantiert, dass Kernwaffen nie wieder und unter keinen Umständen eingesetzt werden".

### Daher verbietet der Vertrag allen Vertragsstaaten:

- Die Entwicklung, Erprobung, Erzeugung und Herstellung sowie den Erwerb, Besitz und die Lagerung von Kernwaffen oder -sprengkörpern.
- Die Weitergabe und Annahme von Kernwaffen bzw. der Verfügungsgewalt darüber
- Den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen
- Jegliche Unterstützung, Ermutigung oder Veranlassung von Tätigkeiten, die gemäß dem Vertrag verboten sind

 Die Stationierung, Aufstellung oder Dislozierung von Kernwaffen an irgendeinem Ort unter ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle

Die Einhaltung dieser Verbote müssen die Vertragsstaaten innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten dem Generalsekretär der Vereinten Nationen melden. Zudem verpflichten sie sich, nicht hinter die bereits mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) ausgehandelten Kontrollen zurückzufallen.

In weiteren Artikeln wird unter anderem das Vorgehen für Verhandlungen mit einem Atomwaffenstaat festgelegt, der den Vertrag unterzeichnen möchte. Zudem verpflichten sich die Vertragsstaaten zu internationaler Zusammenarbeit, zu Hilfeleistungen für Menschen und Umwelt, die vom Einsatz oder von der Erprobung von Kernwaffen betroffen sind und vereinbaren regelmäßige Treffen, um die Anwendung oder Durchführung dieses Vertrags zu prüfen.



Auf die Bundesregierung muss der Druck erhöht werden. Foto: Pressehütte

### Pläne 2021 der Kampagne "Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt"

2021 beginnt mit einem historischen Tag: Am 22. Januar tritt der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft. Am 26. September dem internationalen Tag zur Abschaffung aller Atomwaffen wird voraussichtlich der neue Bundestag gewählt.

Deswegen könnte das Jahr unter keinem besseren Motto stehen als "Atomwaffen abwählen!" Unsere Aktivitäten werden begünstigt durch 25 Jahre Widerstand in Büchel und 25 Jahre Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH). Die erste Aktion in Büchel fand vom 14.-16. Juni 1996 statt. der IGH bezeichnete den Einsatz und die Androhung von Atomwaffen am 8. Juli 1996 als völkerrechtswidrig. Diese Entscheidung war Ausgangspunkt des Erfolgsprojekts Flaggentag der Mayors for Peace mit der zehnten Austragung 2021.

Mit diesen Ereignissen und Jubiläen werden wir zielgerichtet arbeiten, bis zur Bundestagswahl werden wir wöchentlich insgesamt 25 Postings in den Social Media veröffentlichen und eine Ausstellung gestalten. Dabei sollen Protagonisten mit Zitaten zu Wort kommen.

Es geht dabei um den Erfolg des Atomwaffenverbotsvertrag sowie die Diskussionen um die Zukunft der nuklearen Teilhabe. Haben Sie Interesse? Melden sie sich.

#### WEITERHIN SIND GEPLANT

- Zum Inkrafttreten des AVV haben die ICAN-Partner weltweit einheitliche Narrative und Argumente gesetzt, am 22. Januar sind dezentrale und bildstarke Aktionen, z.B. in Berlin, vorgesehen. Die Mayors for Peace werden zu einem außerordentlichen Flaggentag eingeladen.
- Unsere Unterschriftensammlung für den Beitritt zum AVV geht weiter.
- Inputs durch die ICAN-Partner zu den Wahlprogrammen der Parteien.
- Lobbygespräche finden kontinuierlich mit Fokus auf die Bundestagswahl statt.

- → Die Sammlung mit ICAN-Erklärungen und -Appellen wird verstärkt, die Politiker\*innen und Städte sollen zudem mehr in die politische Arbeit einbezogen werden.
- Koordinierte Aktivitäten zur Landtagswahl am 14. März in Rheinland-Pfalz.
- Die europaweite Zusammenarbeit unter den ICAN-Partnern wird intensiviert, insbesondere in den Teilhabestaaten.
- → In Büchel ein Friedenscamp ab Juli mit Kirchentag, internationale Woche, Fasten u.a.
- → Möglicher Höhepunkt: Menschenkette in Büchel am 5. September.

AKTUELLE INFORMATIONEN www.atomwaffenfrei.de www.buechel-atombombenfrei.de www.icanw.de







»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen VERSÖHNUNG (www.versoehnungsbund.de) und SPINNRAD (www.versoehnungsbund.at) beigelegt.

### Redaktion

Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Friedenswerkstatt Mutlangen e. V. Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499 IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPDE6AXXX Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!



Ausstellungseröffnung in Rödermark

Foto: Raimund Menges

### Protest gegen das Vergessen

Die Stuttgarter Künstlerin Klaudia Dietewich fotografiert Spuren auf Straßen und Plätzen in Städten weltweit. "Wegstücke" nennt sie ihre Fotoplastiken, die Aufforderung sein wollen, die Welt mit ihren Hinterlassenschaften als Erinnerungsträger zu respektieren und zu bewahren: Zeichen setzen gegen die Zerstörung unserer Städte, gegen den Einsatz von Atomwaffen.

50 Städte - 50 Spuren, das nun (fast abgeschlossene) Kunst- und Friedensprojekt der Künstlerin anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages 1968, reiste zwischen 2018 und 2020 in 18 deutsche und europäische Städte sowie nach Amerika und Japan. Das Finale hätte im Mai 2020 in New York am Sitz der UNO stattfinden sollen im Rahmen der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages und zum Gedenken an den 50. Jahrestag seines Inkrafttretens 1970. Die Konferenz und damit auch die letzte Station des Ausstellungsprojektes wurde wegen der Corona Pandemie auf August 2021 verschoben.

"Cities are not targets" - Städte sind keine Ziele. Das ist das Kernanliegen der fast 8000 Mayors for Peace Städte in 165 Ländern der Erde. Denn Städte sind die Anker, die Garanten von Kultur und Zivilisation. 3,5 Mrd. Menschen leben heute in Städten. 2050 werden es 7 Mrd. sein. Wer Städte zerstört, vernichtet nicht nur Leben, sondern auch die Kultur und löscht die Erinnerungen aus an die Geschichte und an das, was Menschen erlebten samt allen Spuren und Hinterlassenschaften.

Getragen wurde das Projekt von Hannover als Lead City der deutschen Mayors for Peace, dem 50 Cities - 50 Traces Projektbüro in Stuttgart und der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. Es zeigt 50, je nach Ausstellungsort wechselnde Spuren aus weltweit 50 verschiedenen Mayors for Peace Mitgliedsstädten, ergänzt um Aussagen von amtierenden Mayors for Peace Bürgermeister/innen. Die Idee dahinter: Anhand der individuellen Spuren aus den Städten - einer ganz eigenen Art von Portraits - auf ungewohnte Art und Weise einen künstlerischen Blick zu werfen auf die Vielfalt. die Individualität und Schönheit der Städte. Die von den dort lebenden Menschen hinterlassenen Spuren stehen dabei symbolhaft für eine bunte, vielfältige und weltweite Bewegung für den Frieden in Städten und Gemeinden.

Warum dieses Kunst- und Friedensprojekt? Weil Kunst Brücken bauen kann und zu Begegnungen führt. Begegnungen wiederum verbinden und schaffen Vertrauen, Verständigung und Freundschaft. Wie die Mayors for Peace ein weltumspannendes Netzwerk bilden, so verbindet die Kunst Menschen über Grenzen hinweg – auch ohne Worte und kann so helfen, ein Bewusstsein zu schaffen, sich für Frieden, Freiheit und Demokratie einzusetzen.

Dass dies gelungen ist, zeigen u.a. die Ausstellungen im Rathaus in Hannover, im Haus am Dom in Frankfurt, im Roten Rathaus in Berlin, im Cultural Center in Ypern, Belgien, im Landtag von Poznan, Polen, in der Zentralbibliothek in Manchester und im Rathaus in Bristol, England sowie in der Städtischen Galerie in Pittsburgh und nicht zuletzt im Internationalen Konferenzzentrum in Hiroshima, Japan, die von einer Vielzahl von Aktionen, wie z.B. Führungen, Vorträgen und Projekten mit Schulklassen und Studenten begleitetet wurden.

12 der um die Welt gereisten Wegstücke sind als Kunst im öffentlichen Raum dauerhaft und frei zugänglich in Mutlangen zu sehen: Wohnquartier Mutlanger Heide, Feldstraße 56/58.

**Raimund Menges** 

### Mehr unter

<u>www.50cities-50traces.org</u> und <u>www.klaudiadietewich.de</u>

### Die bisher für 2021 geplanten Mayors for Peace Aktionen

### Außerordentlicher Flaggentag Auf das Inkrafttreten des Atomwaf-

Auf das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotvertrages am 22.01.2021 werden in Deutschland die Mayors mit folgenden Aktionen aufmerksam machen:

- Gemeinsamer Briefder 16 Landeshauptstädte an Außenminister Heiko Maas;
- Ein außerordentliches Flaggehissen mit einer Pressemitteilung
- Ein gemeinsames Statement des European Chapters der Mayors for Peace

#### Bundesversammlung

Die für dieses Jahr geplante Bundesversammlung der Mayors for Peace findet virtuell statt am 16.4.2021

### Flaggentag

Der jährliche Flaggentag findet am Donnerstag, den 8.7.2021 statt.

### Abschlussausstellung

Im August zur Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags sollen in der UNO in New York 50 Spuren aus Mayors-for-Peace-Städten ausgestellt werden und dort das Kunstprojekt seinen Abschluss finden.

### **Aktueller Hinweis**

Die Veranstaltungsserie "Frieden 2020+" der Landeshauptstadt Hannover geht noch bis August 2021.

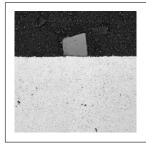
### Die nächste Veranstaltung ist:

Donnerstag, 21. Januar 20 Uhr "Der Sprengstoff für die Bombe – Atomkraft als Wegbereiter-Technologie für Atomwaffen"
Alex Rosen (IPPNW) erläutert die Verbindungen zwischen militärischer und ziviler Nutzung.

Die Teilnahme ist in begrenzter Zahl vor Ort und über Zoom möglich.

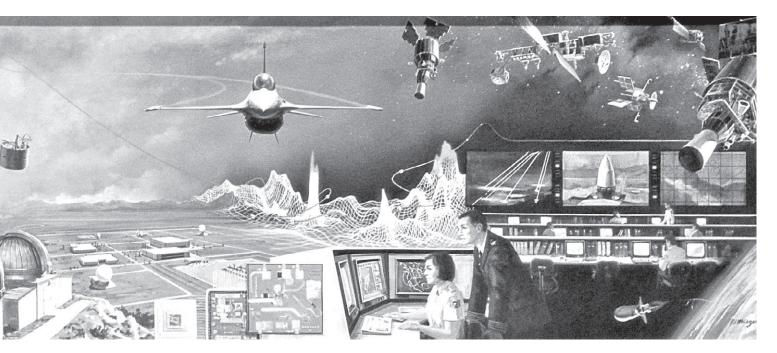
### **Weitere Informationen**

Evelyn Kamissek mayorsforpeace@hannover-stadt.de



Bis zum Tag, an dem Frieden und Sicherheit für alle erreicht sind, arbeitet Hiroshima entschlossen mit allen Mitgliedsstädten daran, die führenden Politiker der Welt zu ermutigen, ungeachtet ihrer politischen und ideologischen Haltung, den ernsthaften Dialog zu suchen, mit dem Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen.

Kazumi Matsui, Oberbürgermeister von Hiroshima



Grafik: USSF

## Waffen im Weltraum – Herausforderungen für Frieden und Sicherheit

Die Pressehütte Mutlangen ist Mitglied im Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space. Mitglieder des Netzwerks diskutierten auf Initiative von INES (International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility) aktuelle Fragen. Carola Moser Mitglied der Jugenddelegation berichtet darüber.

Unter dem Titel "Weapons in Space – Challenges to Peace and Security" veranstaltete INES am 12. Oktober 2020 ein Webinar zum Thema "Aufrüstung im Weltraum". Die Moderation übernahm Subrata Ghoshroy, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in den USA und Co-Vorsitzender von INES. Die beiden Impulsvorträge des Webinars hielten Prof. em. Dave Webb von der Leeds Becket University (Großbritannien) und Prof. Jürgen Scheffran von der Universität Hamburg, ebenfalls Co-Vorsitzender von INES. Die anschließende Fragerunde moderierte Lucas Wirl von INES.

Ein Krieg im Weltraum, beziehungsweise ein Krieg, der vom Weltraum aus geführt wird, ist längst nicht mehr nur in Science-Fiction-Filmen denkbar, sondern für viele Staaten eine realistische Option. Im Dezember 2019 schuf US-Präsident Donald Trump die U.S. Space Force. Zudem scheint er interessiert an einer Fortsetzung des Star Wars-Projektes (SDI) des ehemaligen Präsidenten Ronald Reagan. Auch Russland, China und Indien verfügen über militärische Programme im Weltraum und haben bereits Antisatellitenwaffen (ASAT) getestet. Auch Großbritannien, Frankreich, die NATO, Japan und Südkorea besitzen bereits eigene

Weltraumstreitkräfte oder streben dies an. Damit wächst die Bedrohung der internationalen Sicherheit durch einen Krieg im oder aus dem Weltraum.

Zu Beginn des Webinars beklagte Subrata Ghoshroy das Fehlen eines Dialogs zwischen den USA und Russland und das Vorrücken der Zeiger der Doomsday Clock (Weltuntergangsuhr), einer symbolischen Uhr, die das Risiko einer globalen Katastrophe verdeutlichen soll. (Momentan stehen die Zeiger der Uhr auf 100 Sekunden vor 12 Uhr, der FreiRaum berichtete darüber.)

Anschließend erläuterte Prof. Dave Webb. warum der Weltraum für das Militär von so großer Bedeutung ist: Satelliten spielen eine wichtige Rolle für Überwachung und Spionage und werden für Drohnenoperationen sowie für die Kommunikationsnetzwerke des Militärs benötigt. Außerdem verwies Webb auf satellitengestützte Raketenabwehrsysteme. Nachdem Webb verschiedene mögliche Formen von Weltraumwaffen erläutert hatte, nannte er die Schwierigkeiten, die durch eine Aufrüstung im Weltraum beziehungsweise durch den Umgang damit entstehen. Zum einen sei es schwierig zu erkennen, ob ein Satellit ausschließlich für zivile oder auch für militärische Zwecke genutzt werde.

Zum anderen bestehe die Gefahr, dass beim Ausfall eines Satelliten nicht technische Probleme, sondern Angriffe eines gegnerischen Staates als Ursache vermutet würden. Dies könne besonders in Zeiten internationaler Spannungen verheerende Folgen haben. Ein weiteres Problem sei die Zunahme von Weltraummüll. Im Anschluss ging Jürgen Scheffran auf die Herausforderungen ein, die sich in Bezug auf Sicherheit und Rüstungskontrolle im Weltraum ergeben. Er verwies auf die bereits erwähnte Schwierigkeit, dass Weltraumtechnologie oft auf zweierlei Weise verwendbar sei. Ein Beispiel hierfür ist, dass ASAT-Systeme oft auch zur ballistischen Raketenabwehr (Ballistic Missile Defence, BMD) genutztwerden könnten und sich somit schwer sagen lässt, ob ein Objekt im Weltraum dem Angriff oder lediglich der Verteidigung dient.

Scheffran schlug verschiedene Wege vor, auf denen internationale Sicherheit im Weltraum zustande kommen könne, angefangen mit vertrauensbildenden Maßnahmen über die Erlaubnis von (teilweisen) Kontrollen hin zu umfassenden Abkommen und Sicherheitszusammenarbeit. Wenn kein umfassendes Verbot von Weltraumwaffen durchgesetzt werden kann, wären Verträge über Teilaspekte denkbar. Beispielsweise nannte Scheffran Testverbote, den Ausschluss bestimmter Waffentypen oder -funktionen oder das Verbot des Einsatzes einer Waffe oberhalb einer bestimmten Höhe.

Im Anschluss an Scheffrans Vortrag konnten die Zuschauer\*innen des Webinars Fragen stellen. Hier wurde unter anderem angesprochen, wer für die Entsorgung von Weltraummüll zuständig ist (normalerweise der Verursacher des Mülls), und was jede und jeder Einzelne für mehr Sicherheit und weniger Aufrüstung im Weltraum tun kann (dem Thema mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit verschaffen).

Carola Moser

Das Webinar in voller Länge steht auf YouTube zur Verfügung (https://youtu.be/f-6FoxwfBE4).



Foto: GAAA

### Juristische Folgen von Büchel-Aktionen

Zwischen dem 4. und 18. November 2020 hätte es fünf Verhandlungen im Amtsgericht Cochem mit fünf gewaltfreien Aktivist\*Innen geben sollen. Aber alle diese Prozesstermine sind abgesagt worden. Es hieß, der Amtsrichter sei in Quarantäne gewesen. Nach Redaktionsschluss stehen jedoch sechs weitere Verhandlungen an.



Am 25.11. hat es im Amtsgericht Cochem eine Verurteilung zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen gegeben: gegen die Büchel-17-Aktivistin Gertie Brammer aus Karwitz wegen ihrer Teilnahme an einer der beiden Go-In-Aktionen vom 30.4.2019. Sie legt dagegen Berufung ein.

Am 7. Dezember 2020 stehen die Catholic Workers Niederländerin Margriet Bos und der in Deutschland lebende US-Amerikaner Dennis DuVall vor dem Amtsgericht Cochem. Es ist ihr zweites Verfahren, nun wegen einer Go-In Aktion während der Internationalen Woche im Juli 2019. Beide erhoffen eine Mahnwache hinter Gittern als demonstrative Ersatzfreiheitsstrafen irgendwann im Anschluss an das Urteil durchführen zu können. Auf dem Bild ist Susan Crane mit Margriet bei der Aktion. (mk)

Am 21. Dezember 2020 hat eine Aktive aus Köln ihren Prozess und will dabei unser Recht auf gewaltfreien Widerstand gegen das staatliche Unrecht der Atomwaffenlagerung einklagen. Sie hat am 30.4.2019 an der "Büchel-17"-Aktion teilgenommen, als 17 Atomwaffen-Gegner\*Innen unerlaubt das Gelände des Bücheler Fliegerhorsts betreten haben. Sie ist ebenso wegen "Hausfriedensbruchs" angeklagt wie an gleicher Stelle am 27. Januar 2021 ab 8.30 Uhr ein weiterer "Büchel-17"-Aktiver aus Gießen. Am 1. Februar 2021 ab 9Uhr soll es dann ebenfalls in diesem Amtsgericht - gleich um zwei Verfahren gehen: Angeklagt ist Marion Küpker, die angeblich 2019 Widerstand gegen die Polizei geleistet haben soll, wozu neben fünf Polizisten der US-Bürger John LaForge als Zeuge geladen ist. Im Anschluss an dieses Verfahren wird erstmalig gegen einen in den USA ansässigen Bürger (John) der Prozess wegen zwei Go-In Aktionen gemacht. Am 15.7.2018 stieg John in der Internationalen Woche der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) gemeinsam mit 17 Aktivist\*Innen in die Militärbasis ein. Drei Wochen später, am Hiroshima-Gedenktag (6.8.2018), stieg John mit der Kalifornierin Susan Crane erneut durch den Militärzaun ein. Sie besetzten im Anschluss einen Atomwaffenbunker, wo sie von deutschem- und auch US-Militärpersonal festgesetzt wurden.

Für März 2021 ist eine Verhandlung in zweiter Instanz am Landgericht Koblenz geplant: Ernst-Ludwig Iskenius aus Lübtheen hat Berufung eingelegt gegen seine Verurteilung in Cochem, wo das Amtsgericht eine Geldstrafe von 70 Tagessätzen gegen ihn verhängt hat, weil er als Leiter einer Mahnwache vor dem Fliegerhorst am 18.6.2018 gegen Auflagen verstoßen habe.

Der letztgenannte Aktive war einer von fünf Leuten, die bereits nach ihren Verurteilungen wegen einer Go-In-Aktion vom 12.9.2016 Verfassungsbeschwerden eingelegt hatten. Und er gehörte auch zu der Gruppe der "widerständigen Alten", die am 23.7.2018 die Rollbahn des Militärflugplatzes besetzt hatten. Von ihnen haben drei ebenfalls eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht hat alle Beschwerden abgewiesen - die der "widerständigen Alten" mit der Begründung, sie sei unzulässig, weil ihr eine Antragsschrift der Generalstaatsanwaltschaft nicht beigelegen habe. Dazu schrieb ein mit der Sache befasster Rechtsanwalt: "Es ist schon erstaunlich, welche Phantasie dort entwickelt wird, um sich Fragen, mit denen man sich nicht beschäftigen möchte, vom Hals zu halten."

Übrigens laufen derzeit gegen gewaltfreie Büchel-Aktivist\*Innen (Stand 30.11.2020) 26 Strafverfahren, 2 Ermittlungsverfahren und mindestens 13 Strafvollstreckungsverfahren.

Martin Otto

Prozessberichte, Bilder und Erklärungen der Angeklagten findet Ihr auf unserer Webseite hier https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/prozesse/

### GELDSTRAFEN BEZAHLEN ODER "ABARBEITEN" ODER "ABSITZEN"?

Von den auf dieser Seite erwähnten "widerständigen Alten" hat einer beantragt, dass seine Geldstrafe in Sozialarbeit umgewandelt wird. Das wurde abgelehnt. Andere hatten geplant, Teile der gegen sie verhängten Geldstrafen demonstrativ durch Ersatzfreiheitsstrafen zu tilgen, wie es Etliche zuvor schon getan haben. Den "widerständigen Alten" wird das aber verwehrt. Also fragten wir uns: Gibt es eine Wahlfreiheit zwischen zahlen und "sitzen"? Die gibt es grundsätzlich nicht. Trotzdem "gelingt" es vielen Verur-

teilten, inhaftiert zu werden, denn öfters verzichtet die Strafvollstreckungsbehörde darauf, das Geld zwangsweise "beizutreiben". Zur Zeit ist sie da jedoch eher rigoros, denn während der Corona-Pandemie wird nicht zu kurzen Knastaufenthalten geladen. Grund: Wegen nur weniger Tage in Haft soll das Ansteckungsrisiko für andere Gefangene und für das Justizvollzugs-Personal nicht erhöht werden. Also versucht die Behörde jetzt verstärkt, bei Zahlungsunwilligen zu pfänden.

### Rückblick in Bildern

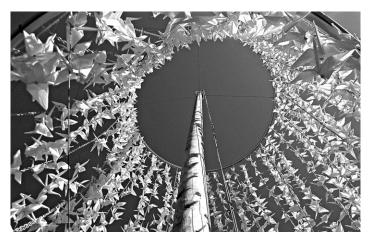


Ausgabe Nr. 2/2012

Foto: Pressehütte



Politik in der Pressehütte (links mit Mdb Christian Lange) und zur frühen Morgenstunde: Abrüstungspoltisches Frühstück im Bundestag. Ausgabe Nr. 1/2012 (Foto: IPPNW)





Kranich-Kunstwerk zur Gartenschau (Foto wsh) und am ehemaligen Bunker (Einweihungsfest) Ausgabe Nr. 2/2012

Foto: Silvia Bopp



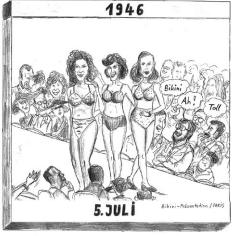
Pressegespräch zum Mutlanger Appell

Ausgabe Nr. 4/2013 (Foto: ph)



Mit Inge Jens im Stuttgarter Rathaus Ausgabe Nr. 3/2015 Foto: Roland Blach





Workcamp pflanzt Ginkgo-Baum (2010)

Karikatur: Peter Musil Foto: Silvia Bopp

FreiRaum Ausgabe Nr. 1/2012



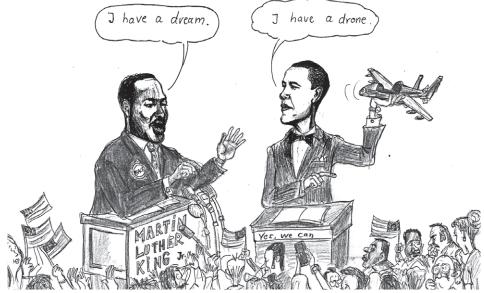
Mit dem Workcamp: Auf dem ehemaligen Stationierungsgelände



Barbara Rütting und Lotte Rodi in Büchel Ausgabe Nr. 3/2013



Bürgermeister für den Frieden: Tatdoshi Akiba (Hiroshima), Peter Seyfried (Mutlangen), Herbert Schmalstieg (Hannover) Ausgabe Nr. 3/2015 Foto: Pressehütte



Ausgabe Nr. 2/2013



Mit jungen Menschen bei der UNO in Genf

Ausgabe Nr. 1 / 2018 (Foto: Pressehütte)

Karikatur: Peter Musil

### Ausblick: Wir berichten und informieren weiter

LIEBE MITGLIEDER, FREUNDE UND FREUNDINNEN DER FRIEDENSARBEIT DER PRESSEHÜTTE,

im kommenden Jahr werden wir drei bis vier Mal einen Vierseiter mit Neuem aus der Mutlanger Friedensarbeit versenden. Ihn erhalten alle Mitglieder und bisherigen FreiRaum-Abonnenten.

Daneben werden wir aktuell im Internet informieren durch gelegentliche E-Mail und auf den Homepages www.pressehuette.de und https://voices-of-peace.com ... ODER FOLGEN SIE UNS AUF INSTAGRAM UND FACEBOOK



@peaceworkshop\_mutlangen



@pressehuette.de (Friedenswerkstatt Mutlangen)

#### HABEN SIE UNS SCHON IHRE E-MAILADRESSE MITGETEILT?

Am besten, Sie melden sich noch heute, übermitteln uns Ihre Kontaktdaten, so dass wir gut in Kontakt bleiben können. kevserarslan@pressehuette.de

Mit herzlichen Grüßen Silva Bopp und / oder Arai Kubayeva



Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. Forststraße 3, 73557 Mutlangen Postvertriebsstück E 59198 - Deutsche Post AG Gehühr hezahlt

### **Impressum**

FreiRaum.

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber

Pressehütte Mutlangen Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. Forststraße 3 73557 Mutlangen Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1 www.pressehuette.de post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

#### Bankverbindungen

nur für Abo-Gebühren: Friedens- und Begegnungsstätte -FreiRaum Raiffeisenbank Mutlangen DE90 6136 1975 0055 6280 10

#### für steuerabzugsfähige Spenden:

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. Kreissparkasse Ostalb IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99 Stichwort: Spende FreiRaum Bitte vollständige Adresse angeben!

#### Redaktion

V.i.S.d.P Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh) Tel. 0 71 71 - 18 20 58 e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Satz und Layout** Michael Heidinger Grafikdesign www.michael-heidinger.com

UWS-Druck und Papier GmbH 70184 Stuttgart, Telefon (07 11) 46 30 05 mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199

### Spendenaufruf: Friedensarbeit kostet Geld

#### LIEBE FREIRAUMLESERINNEN,

seit einem Monat hat Arailym Kubajeva ihre 50% Stelle für Friedensarbeit bei der Friedenswerkstatt beendet. Ein Dank gilt allen SpenderInnen, die ihre Arbeit ermöglicht haben. Wir sind froh, dass Arai auch zukünftig auf Minijobbasis weiter für die Pressehütte arbeiten wird. Im Zuge des Veränderungsprozesses werden wir keine neue 50% Stelle für Friedensarbeit neu ausschreiben, sondern wir vergeben projektbezogene Minijobs oder projektbezogene Honorartätigkeiten.

2021 steht bei uns wieder ein internationales Workcamp an. Außerdem möchten wir, wenn möglich, eine Jugenddelegation zur ersten Versammlung zum Verbotsvertrag entsenden oder zur NPT Überprüfungskonferenz. Wir freuen uns, wenn Sie unsere Arbeit auch weiterhin durch eine regelmäßige oder einmalige Spende finanziell unterstützen. Noch mehr freuen wir uns natürlich, wenn Sie sich aktiv an der politischen Arbeit in Mutlangen beteiligen möchten.



Vielen Dank für Ihr langjähriges Engagement und für Ihre Spenden. Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Herzliche Grüße, Silvia Bopp Vorsitzende der Friedenswerkstatt Mutlangen

Bleiben sie Teil einer generationsübergreifenden Bewegung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.













